

HH-Rede 17.02.2020

SPD-Fraktion

Joachim Fischer, SPD-Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Pütsch,
Mitglieder des Gemeinderates,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Rastatter Haushalt verlässt die Komfort-Zone: Unter dieser Überschrift könnte der Etat für 2020 stehen. Geringere Gewerbesteuerereinnahmen – immerhin geht es um 30 Mio. € pro Jahr – zwingen zum Umdenken. Man könnte auch sagen: Der Einnahmerückgang bestraft uns, wenn und weil in den letzten Jahren das Geld an manchen Stellen zu sorglos ausgegeben wurde. Aus einem Fünf-Gänge-Menü aus der Sterne-Küche wird nun solide Hausmannskost.

Allerdings: Ob es tatsächlich zu der im Haushalt vorgesehenen Kreditaufnahme von 10 Mio. € kommt, ist alles andere als sicher. Der Haushaltsvollzug war stets um mehrere Millionen Euro besser als der Plan.

Ein Grund: Mächtig Luft bei den Bauausgaben. Er ist nicht auf Kante genäht, sondern in Teilen mit der Luftpumpe erstellt. Das ist langjährige Übung, macht es deswegen aber nicht besser. Denn traditionell fragt die Verwaltung mit dem Entwurf: „Darf’s ein bisschen mehr sein?“ Und die Antwort der Gemeinderatsmehrheit lautet verlässlich: „Aber natürlich, gerne!“ Ich verrate (k)ein Geheimnis: Das werden wir heute wieder erleben.

Im vergangenen Jahr sollten laut Plan 35,6 Mio. € für Baumaßnahmen ausgegeben werden. Was dann wirklich verbaut werden konnte, war weniger als die Hälfte, genauer gesagt 17 Mio. €.

Schütteln wir nicht alle zu Recht mit dem Kopf, wenn im Urlaub Gäste am Büffet ihren Teller so vollpacken, dass jedem klar ist: „Das schafft der doch nie!“. Komisch, beim städtischen Haushalt verhält es sich bei den Bauausgaben genauso, aber hier gibt es kein Kopfschütteln, sondern bestenfalls ein Achselzucken. Nun sind für 2020 Bauausgaben von 37,1 Mio. € vorgesehen. Mal sehen, ob die Verwaltung am Jahresende über der 50 Prozent-Marke liegt.

Hier „Luft herauszulassen“, ist Aufgabe des Gemeinderates. Anträge der SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren, das Korsett an der einen oder anderen Stelle enger zu schnüren, fanden hier keine Mehrheit. Das ist schade und entspricht keinesfalls dem Selbstverständnis eines selbstbewussten Gemeinderates – sofern vorhanden. Nun liegt der Ball im Feld der Verwaltung, die sich in aller Ruhe heraussuchen kann, von welchen Tellern des gut gedeckten Tisches der Bauausgaben sie naschen will, welche sie stehen lässt und welche sie ganz leert.

Nun, die 50-Prozent-Marke wird die Verwaltung wohl schaffen, denn mit dem Neubau der Technischen Betriebe und mit der Hans-Thoma-Schule stehen zwei Vorhaben auf der Umsetzungsliste, die richtig Geld kosten. Bei der Hans-Thoma-Schule hat die Gemeinderatsmehrheit den Wettbewerb „Finden Sie unter allen möglichen Varianten die teuerste Lösung“ mit Bravour bestanden, muss man ironisch anmerken. Was den Standort – die SPD-Fraktion hatte das Bildungszentrum Tulla-Gymnasium vorgeschlagen -, die Form des Gebäudes – langgestreckt, was auch Mehrkosten verur-

sacht, wie die Planer einräumten – und was die Bauausführung und den Unterhalt anbelangt – Kühlung der Zuluft und riesige Glasflächen -, musste es aus Sicht der Mehrheit hier am Ratstisch die Luxusvariante sein. Hoffen wir, dass das Toilettenpapier ohne Goldrand auskommt. Im Ernst: 14 bis 16 Mio. € für eine dreizügige Grundschule mit 14 Klassenzimmern und weiteren Fach- und Betreuungsräumen auszugeben, ist ein Sündenfall im Vergleich zu anderen Bauvorhaben. Für einen Teil eines Teils der Bevölkerung – 6- bis 10-jährige Kinder im Wohngebiet Rastatt-Nord / Röttererberg – so eine gewaltige Summe in eine Grundschule zu stecken; das rächt sich nun, wenn das Geld knapper wird.

Und schon werden die Rufe laut, bei einer öffentlichen Einrichtung wie dem Kombibad, das ALLEN in Rastatt zugutekommt, kräftig abzuspecken. Wir werden hierzu noch beraten, weisen aber darauf hin, dass wir bereits abgespeckt haben: nämlich bei den Standorten – einer statt zwei -, der Wasserfläche – beschlossen sind 2.850 Quadratmeter im Vergleich zu 3.550 bisher – und mit dem Verzicht auf eine vollwertige Gastronomie. Gleichzeitig sind mit dem Springerbecken und der Kletterwand Verbesserungen geplant. Ich persönlich könnte mir mit Blick auf das Umland am ehesten einen Verzicht auf die Sauna vorstellen. Sorgen wir aber dafür, dass das Bad bei den Besuchern ankommt! Vor dem ersten Spatenstich sollte die Abrissbirne nicht zu sehr geschwungen werden.

Nun zum Personalaufwand – hier ist der prozentuale Mittelabfluss wesentlich größer als beim Bauen. Personalausgaben machen immerhin rund 40 Prozent der Ausgaben im Ergebnishaushalt aus.

Die Stadt Rastatt gibt es seit mindestens 936 Jahren (Anmerkung: Erste urkundliche Erwähnung 1084). Doch in nur sechs Jahren, seit 2014, hat

sich die Zahl der Vollzeitstellen bei der Verwaltung von 580 um 120 auf fast 700 erhöht. Alleine 2019 wurden 40 neue Vollzeitstellen geschaffen. Jeder sechste städtische Mitarbeiter ist in den letzten sechs Jahren auf einer neu geschaffenen Stelle neu hinzugekommen.

Kein Wunder, dass die Personalkosten von 30 Mio. € in 2014 auf fast 44 Mio. € im laufenden Jahr und damit um 43 Prozent durch die Decke schießen.

Wer wundert sich dann noch darüber, dass der Haushalt strukturell in Schieflage ist?

Wir von der SPD wissen – ein Teil davon ist spürbaren Tarifsteigerungen verursacht, und die gönnen wir den Beschäftigten und den Beamten der Stadt. Auch hier gilt: Guter Lohn für gute Arbeit!

Dieser Grundsatz muss für alle kommunalen Aufgaben, vor allem für Pflichtaufgaben gelten – und auch dann, wenn dies der Tierschutzverein für die Stadt erledigt. Es ist falsch, wenn dort Hauptamtliche mit dem gesetzlichen Mindestlohn auskommen müssen. Wer bei der Stadtverwaltung gäbe sich damit zufrieden?

Den Löwenanteil machen aber die neuen Stellen aus. Hier war für uns keine Zurückhaltung erkennbar. Alles musste immer komplett, sofort und ohne Abstriche sein. Anträge der SPD-Fraktion aus den Vorjahren, die eine oder andere Stelle nicht zu besetzen oder zumindest ein Jahr zu verschieben, fanden keine Mehrheit.

Dieser ungebremste Personalzuwachs bezieht sich dabei immer nur auf Stellen, die die Verwaltung will. Ganz klar – die SPD steht hinter den neuen Stellen bei den Technischen Betrieben für die Stadtreinigung, bei den Erzieherinnen und Erziehern, bei unserer Feuerwehr oder unserem Kommunalen Ordnungsdienst. Aber auch die „allgemeine Verwaltung“ hat kräftige Stellenzuwächse zu verzeichnen, die Jahr für Jahr bis zum Ruhestand der Mitarbeiter zu bezahlen sind.

Sofern aber der Gemeinderat Stellen beantragt, wie beispielsweise die SPD-Fraktion mit der überaus sinnvollen Vereinsservicestelle für die vergangenen beiden Haushalte oder im Rahmen eines Sachantrages eine Stelle schaffen will, um das Bündnis für Wohnen endlich vom schlafenden Papiertiger zum kraftvollen Kümmerer zu machen, gibt es hier im Rat keine Mehrheit und die Verwaltung kommt mit der Frage nach Deckungsvorschlägen um die Ecke. Einigen wir uns doch künftig darauf: Stellenwünsche aus dem Gemeinderat werden aus demselben Topf bezahlt, aus dem sorglos die zahlreichen neuen Stellenwünsche der Stadtverwaltung der vergangenen Jahre finanziert wurden, nämlich schlicht und einfach aus unseren Einnahmen.

Diese Blankoscheck-Mentalität, die sich in utopisch hohen Bauausgaben und permanenten Stellenzuwächsen in allen Bereichen widerspiegelt, muss ein Ende haben, meine Damen und Herren. Sonst fahren wir den Haushalt gegen die Wand und es ist absehbar, dass dann der Ruf nach Einnahmeanpassungen, sprich: Gebührenerhöhungen kommt.

Ich wünsche mir einen Gemeinderat, der dem Haushalt seinen Tempel aufdrückt und Schwerpunkte bei Bauausgaben und Personalstellen setzt – und solange dies im Haushaltsentwurf nicht aufgenommen ist, gibt es eben kei-

ne Zustimmung im Gemeinderat zum Haushaltsentwurf. So sollte es doch laufen.

Unterm Strich sind aus Sicht der SPD-Fraktion von den neuen Stellen zu wenig in Bereiche geflossen, von denen auch die Menschen und die Vereine etwas haben. In Baden-Baden ist seit Sommer 2018 eine hauptamtliche Ehrenamtsbeauftragte im Dienst. Genau das wollen wir auch für Rastatt! Ein Ansprechpartner für alle Belange aller Vereine – DAS wäre ein echter Fortschritt.

Nichts passieren wird ebenso bei den Kita-Gebühren in Rastatt. Was Städte wie Heilbronn oder Künzelsau vorbildlich praktizieren, nämlich die Gebührenfreiheit für Kitas, bleibt für Eltern und Kinder in Rastatt mit DIESEM Gemeinderat eine unerreichbare Fata Morgana. Deswegen hatten wir DAS schon gar nicht beantragt. Die SPD-Fraktion hatte hingegen beantragt, der Gemeinderat solle der Verwaltung aufgeben, ein Konzept zur Veränderung der Kita-Gebühren in Rastatt mit dem Ziel der Verringerung zu erarbeiten. Selbst dieser völlig ergebnisoffene Antrag war Ende November 2019 hier nicht mehrheitsfähig: Ein Trauerspiel.

Dieser zutiefst konservative Ansatz ist der SPD-Fraktion fremd, zumal die starren Kita-Gebühren Normalverdiener prozentual höher belasten als besser Verdienende.

54,4 Prozent der Deutschen wohnen zur Miete – ein Spitzenwert in der EU. Auch in Rastatt gibt es rund 50 Prozent Mieterhaushalte. Statistisch zahlt bundesweit jeder zweite Mieter 30 Prozent seines Nettoeinkommens, jeder Fünfte sogar 40 Prozent als Miete.

Da sollte man doch meinen, dass verantwortungsvolle Kommunalpolitik auch hier Akzente setzt.

Doch weit gefehlt – unser Antrag vom April 2019, dem so genannten „Bündnis für Wohnen“ konkrete Aufgaben zuzuweisen, wurde vom Gemeinderat am 20. Mai 2019 schlichtweg vertagt, nachdem ein ähnlicher Antrag im November 2018, der auch eine Personalstelle zum Inhalt hatte, hier noch mehrheitlich abgelehnt worden war.

So kann man mit einem Problem auch umgehen – es einfach ignorieren.

Zarte Hoffnung keimt nun bei der SPD auf, weil das Thema auf der Klausurtagung des Gemeinderates im Oktober 2019 breiten Raum einnahm. Wir sind gespannt, mit welchen Akzenten die Verwaltung unseren vertagten Antrag vom Frühjahr 2019 dem Gemeinderat erneut vorlegen wird.

Denn eines ist doch zum Haare raufen: Das Land legt Förderprogramme auf – erst vor wenigen Tagen mit je 250 Mio. € für 2020 und 2021 – und will den dramatischen Verlust von öffentlich geförderten Wohnungen zumindest verlangsamen, und das ganze schöne Geld fließt an Rastatt vorbei, weil es hier niemand abrufft! Und bisher hat das bei der Stadt – und wir von der SPD meinen, das ist eine kommunale Aufgabe – niemand koordiniert oder eingefordert, beispielsweise im Verbund von Stadt, privaten Bauträgern und Genossenschaften.

Das ist notwendiger denn je. Denn Gewitterwolken ziehen auf dem Rastatter Mietmarkt auf. Denn die (bundesgesetzlich normierte) Mietpreisbremse gilt nur in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt. Welche das sind, entscheiden die Bundesländern. Und da hat Rastatt in Stuttgart bei grün-

schwarz schlechte Karten. Denn Rastatt soll aus der Gebietskulisse der Mietpreisbremse herausgebremst werden. Dies ergab eine kürzlich beantwortete Kleine Anfrage des Landtagsabgeordneten Jonas Weber (SPD).

Das bedeutet, dass es in Rastatt bei Wiedervermietungen keinerlei Begrenzungen bei der Miethöhe mehr gibt (Anmerkung: Einzige Ausnahme ist der Mietwucher) und alleine „der Markt“, also Angebot und Nachfrage, regelt, welche Miete bezahlt wird. Hier müssen bei ALLEN Mieterhaushalten die Alarmglocken schrillen. Wild-West-Methoden und dem schamlosen Ausnutzen von Notlagen sind damit Tür und Tor geöffnet. Der rechtliche Schutzschirm der Mietpreisbremse wird den Menschen in Rastatt weggenommen.

Das ist unbegreiflich! Denn – so die Zahlen des Wirtschaftsministeriums - in keiner Stadt oder Gemeinde in Mittelbaden ist der Grad der Wohnungsversorgung so schlecht wie in Rastatt – es sind nur 92,6 Prozent! Gleichzeitig liegt die Quote der Warmmiet-Belastung deutlich über dem Landesdurchschnitt. Warum wird Rastatt dennoch aus der Mietpreisbremse ausgebremst, obwohl hier die Mehrzahl der fünf Kriterien, nämlich drei, erfüllt werden?

Umso wichtiger ist ein kommunaler Beitrag zum Wohnungsmarkt, der über das Halten der rund 550 städtischen Wohnungen hinausgeht. Eine „Politik der Raute“, also Untätigkeit, schadet den Menschen in unserer Stadt. Wir müssen dem dramatischen Schwund an öffentlich geförderten Wohnungen entschlossenes Handeln entgegensetzen. In Rastatt hatten wir 2014 noch 926 solcher Wohnungen. Ende 2018 waren es gerade mal noch unter 600 – also über ein Drittel weniger in nur vier Jahren (Quelle: Sozial- und Bildungsbericht 2019, Seite 85). Dass SIE hier die Hände in den Schoß legen, kann doch nicht Ihr Ernst sein und darf vor allem nicht so bleiben. Schlie-

ßen Sie die Lücke zwischen Ihrem Abstimmungsverhalten im Gemeinderat und der Lebenswirklichkeit auf dem Mietmarkt. Vorschläge und Ideen, die andernorts erfolgreich praktiziert werden, gibt es zuhauf!

Diesen kommunalen, aktiven, gestaltenden Beitrag der Stadt auf dem Wohnungsmarkt hat die SPD-Fraktion in den vergangenen Jahren immer wieder gefordert und beantragt. Dafür gab es hier keine Mehrheiten und daher findet sich auch nichts im Haushalt wieder.

Daher kann und wird die SPD-Fraktion wie im Vorjahr dem Haushalt nicht zustimmen. Natürlich lehnen wir nicht jede einzelne Ausgabenposition ab. Wir begrüßen es, dass sich in Sachen Klimaschutz etwas bewegt und das darf und wird uns etwas kosten. Wer jedoch Einstimmigkeit beim Haushalt will, der muss eben auch dafür sorgen, dass sich alle wiederfinden. Aber in der sozialdemokratischen „Kern-DNA“, nämlich dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit bei Kita-Gebühren und „Wohnen für alle“ bietet der Haushalt absolut nichts.

Wir hoffen immer noch, dass sich das 2021 ändert. Die SPD ist dazu bereit.

Vielen Dank!